

# 4028 A Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen

HESSEN



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ

---

72. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. August 2020

Nr. 8

---

**Inhalt:**

<b>Runderlass über die Vergütungen für Tätigkeiten in der Ausbildung und bei Prüfungen im Justizbereich</b> .....	338
<b>Bekanntmachung des Justizministeriums</b> .....	343
<b>Bekanntmachung des Oberlandesgerichts</b> .....	366
<b>Personalnachrichten</b> .....	367
<b>Stellenausschreibungen</b> .....	370
<b>Impressum</b> .....	373

Nr. 20 Runderlass über die Vergütungen für Tätigkeiten in der Ausbildung und bei Prüfungen im Justizbereich. RdErl. d. MdJ v. 07.07.2020 (2223-II/E1-2019/22062-II/E)  
-JMBl. S. - - Gült. Verz. Nr. 322 -

**ERSTER TEIL**  
**Vergütungen für**  
**Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen und -leiter,**  
**Praktikumsleiterinnen und -leiter sowie**  
**Lehrtätigkeiten**

**§ 1**  
**Vergütungen für im Hauptamt nicht entlastete**  
**Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen und -leiter**

(1) Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die als Leiterin oder Leiter einer

1. Regel- oder Klausurarbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare oder
2. Einführungsarbeitsgemeinschaft für die Ausbildung in den Pflichtausbildungsstellen „erstinstanzliche Zivilsachen“, „Strafsachen“ und „Rechtsanwalt“ (§ 29 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 des Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2004 (GVBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. September 2019 (GVBl. S. 232), bestellt (Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen und -leiter) und nicht entlastet sind, erhalten für die mit dieser Tätigkeit verbundenen Aufwendungen eine Lehrvergütung 30 Euro je Unterrichtsstunde; Regelarbeitsgemeinschaft und die ihr zugeordnete Einführungsarbeitsgemeinschaft gelten in diesem Sinn als Einheit, sofern sie von derselben Person betreut werden.

(2) Die Leiterinnen und Leiter von Klausurarbeitsgemeinschaften im Sinne des Ausbildungsplanes für die Ausbildung der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in den Klausurarbeitsgemeinschaften im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit, die nicht entlastet sind, erhalten für jede korrigierte Klausur 10,50 Euro. Für jeden Termin kann die Korrektur von höchstens dreißig Klausuren vergütet werden.

(3) Für die Besprechung einer Klausur sind fünf Unterrichtsstunden zu vergüten. Diese Stundenvergütung deckt den zeitlichen Aufwand für die Vorbereitung der Besprechungsarbeitsgemeinschaft mit ab, so dass für diese Tätigkeit keine zusätzliche Vergütung gewährt werden kann.

(4) Die Lehrvergütung und die Vergütung für die Klausurkorrektur sind jeweils nach Abschluss eines Ausbildungsabschnitts abzurechnen.

**§ 2**  
**Vergütungen für im Hauptamt nicht entlastete**  
**Praktikumsleiterinnen und -leiter**

(1) Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die mit der Leitung einer als Gruppenpraktikum stattfindenden praktischen Studienzeit für Studierende der Rechtswissenschaft beauftragt (Praktikumsleiterinnen und -leiter) und nicht entlastet sind, erhalten für die mit dieser Tätigkeit verbundenen Aufwendungen eine Lehrvergütung von 30 Euro je Unterrichtsstunde. Die Vergütung darf 300 Euro je Woche nicht übersteigen.

(2) Die Lehrvergütung ist jeweils nach Abschluss einer praktischen Studienzeit abzurechnen.

**§ 3**  
**Vergütungen für andere Lehrkräfte**

(1) Lehrkräfte, die nebenamtlich tätig werden, erhalten je Unterrichtsstunde

- |   |          |
|---|----------|
| 1. in einer Arbeitsgemeinschaft der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare   | 30 Euro, |
| 2. in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Lehrgang für Beamtinnen und Beamte in Ausbildung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes                   | 20 Euro, |
| 3. in einer Arbeitsgemeinschaft oder einem Lehrgang für Beamtinnen und Beamte in Ausbildung für die Laufbahn des einfachen und des mittleren Dienstes | 17 Euro, |
| 4. in Fachkunde in der Ausbildung für Auszubildende   | 17 Euro. |

(2) Die Vergütung ist monatlich nachträglich zu zahlen.

**§ 4**  
**Bewilligung und Buchung der Vergütungen**

(1) Für die Bewilligung und Zahlbarmachung der Vergütungen sind zuständig

1. das Oberlandesgericht für die
  - a) Arbeitsgemeinschaftsleiterinnen und -leiter sowie die Praktikumsleiterinnen und -leiter, wenn die Arbeitsgemeinschaften oder Praktika von dem für Justiz zuständigen Ministerium bei Behörden oder Gerichten außerhalb des Geschäftsbereichs eingerichtet sind, und
  - b) Lehrkräfte in Arbeitsgemeinschaften und Lehrgängen in der Ausbildung für die Laufbahn des Justizwachmeisterdienstes,
2. die Generalstaatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht für Lehrkräfte in Arbeitsgemeinschaften und Lehrgängen in der Ausbildung für die Laufbahn des Amtsanwaltsdienstes,

3. im Übrigen die Gerichte und Behörden, bei denen die Arbeitsgemeinschaften, die praktischen Studienzeiten oder die Lehrgänge eingerichtet sind, oder bei denen die Ausbildung für Auszubildende durchgeführt wird.

Soweit Gerichten und Behörden Befugnisse nach Satz 1 zugewiesen sind, werden diese als Justizverwaltungsbehörden tätig.

(2) In der Bewilligung ist der Zahlungsweg (Kreditinstitut und IBAN) anzugeben. Vergütungen für die in den §§ 1 bis 3 genannten Tätigkeiten gehören zu den Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit und sind nach § 3 Nr. 26 des Einkommenssteuergesetzes steuerfrei, soweit die Voraussetzungen dieser Vorschrift im Einzelfall erfüllt sind.

### **§ 5 Nebenberufliche Lehrkräfte**

Die §§ 1, 3 und 4 gelten entsprechend für Lehrkräfte die nebenberuflich in einer Arbeitsgemeinschaft, in einem Lehrgang oder in der Ausbildung für Auszubildende Unterricht erteilen.

### **ZWEITER TEIL Vergütungen für die Durchführung von Staats- und Laufbahnprüfungen**

#### **§ 6 Gemeinsame Vorschriften**

(1) Für die Staats- und Laufbahnprüfungen im Bereich des Hessischen Ministeriums der Justiz wird eine Vergütung nach den §§ 7 und 8 gewährt. Vergütungen dafür gehören zu den Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit und sind nach § 3 Nr. 26 des Einkommenssteuergesetzes steuerfrei, soweit die Voraussetzungen dieser Vorschrift im Einzelfall erfüllt sind.

(2) Neben der Vergütung nach Abs. 1 wird Reisekostenerstattung nach dem Hessischen Reisekostengesetz vom 9. Oktober 2009 (GVBl. I S. 397), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2017 (GVBl. S. 114), gewährt.

(3) Aufsichtspersonen erhalten für die Beaufsichtigung der schriftlichen Arbeiten und der Vorbereitung der Kurzvorträge eine Vergütung von 2,75 Euro je 30 Minuten. Diese Vergütung ist nach § 3 Nr. 26a des Einkommenssteuergesetzes steuerfrei, soweit die Voraussetzungen dieser Vorschrift im Einzelfall erfüllt sind.

#### **§ 7 Staatsprüfungen**

(1) Die nebenamtlichen Mitglieder des Justizprüfungsamtes sowie die Leiterinnen und Leiter einer Referendararbeitsgemeinschaft oder eines Lehrgangs im Arbeitsrecht erhalten als Vergütung für die Erstellung einer Prüfungsaufgabe einschließlich des ausführlichen Lösungsvorschlags (Prüfervermerk) bei Annahme durch das Justizprüfungsamt

- |    |                       |           |
|----|-----------------------|-----------|
| 1. | einer Aufsichtsarbeit | 330 Euro, |
| 2. | eines Kurzvortrages   | 100 Euro. |

(2) Die Prüferinnen und Prüfer erhalten als Vergütung

- |    |  |          |
|----|--|----------|
| 1. | in der staatlichen Pflichtfachprüfung für die  |          |
|    | a) Durchsicht und Bewertung einer Aufsichtsarbeit  | 20 Euro, |
|    | b) Mitwirkung in der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat                              | 40 Euro, |
| 2. | in der zweiten juristischen Staatsprüfung für die  |          |
|    | a) Durchsicht und Bewertung einer Aufsichtsarbeit  | 20 Euro, |
|    | b) Mitwirkung in der mündlichen Prüfung, einschließlich Kurzvortrag, je Kandidatin oder Kandidat | 54 Euro. |

#### **§ 8 Laufbahnprüfungen**

Die Prüferinnen und Prüfer erhalten als Vergütung

- |    |  |             |
|----|--|-------------|
| 1. | bei der Rechtspfleger- und Anwaltsprüfung sowie bei der Prüfung für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst  |             |
|    | a) für die Durchsicht und Bewertung einer Aufsichtsarbeit  | 9,70 Euro,  |
|    | b) für die Bearbeitung einer Vortragsakte in der Anwaltsprüfung  | 6,60 Euro,  |
|    | c) für die verantwortliche Mitwirkung an der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat  | 9,50 Euro,  |
|    | d) für den Vorsitz in der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat   | 11,85 Euro, |
| 2. | bei der Prüfung für den mittleren Justizdienst, den Gerichtsvollzieherdienst, den mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst, den allgemeinen Vollzugsdienst und den Justizvollziehungsdienst |             |
|    | a) für die Durchsicht und Bewertung einer Aufsichtsarbeit  | 6,60 Euro,  |
|    | b) für die verantwortliche Mitwirkung an der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat  | 6,60 Euro,  |

- c) für den Vorsitz in der mündlichen Prüfung je Kandidatin oder Kandidat 8,25 Euro.

**DRITTER TEIL**  
**Schlussvorschriften**

**§ 9**

**Übergangsvorschrift**

Für die Höhe der Vergütung sind die Regelungen des in § 10 aufgehobenen Runderlasses weiter maßgeblich, soweit

1. in den Fällen des § 1 Abs. 1 die Arbeitsgemeinschaft vor dem 1. Juni 2020 begonnen hat,
2. in den Fällen des § 1 Abs. 2 die Klausur vor dem 1. Juni 2020 angefertigt wurde,
3. in den Fällen des § 7 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a und Nr. 2 Buchst. a die Aufsichtsarbeit vor dem 4. Mai 2020 angefertigt wurde,
4. im Übrigen die zu vergütende Tätigkeit vor dem 1. Juni 2020 erfolgt ist.

**§ 10**  
**Aufhebung**

Der Runderlass über die Entschädigungen und Vergütungen für Tätigkeiten in der Ausbildung und bei Prüfungen im Justizbereich vom 29. Dezember 2016 (JMBl. 2017 S. 52) wird aufgehoben.

**Inkrafttreten**

Dieser Runderlass tritt mit Wirkung vom 1. Juni 2020 in Kraft.

**§ 11**

**BEKANNTMACHUNG DES JUSTIZMINISTERIUMS**

Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, in der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2019. Bek. d. MdJ v. 27.05.2020 (1441 - Z/A4 - 2020/10411 - Z/A2) - JMBl. S. -

(letzte Übersicht für 2018 in JMBl. 2019 S. 434)

	2017	2018	2019
<b>Amtsgerichte</b>			
<b>A Zivilsachen (ohne Familiensachen)</b>			
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten</b>			
1. Mahnsachen	434.227	416.020	394.721
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	77.489	78.043	79.758
Erledigungen	78.937	77.514	80.585
Unerledigt am Jahresende	39.554	40.159	39.326
b) Erledigte Verfahren	78.937	77.514	80.585
aa) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	13	11	14
	0,0%	0,0%	0,0%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	111	102	118
	0,1%	0,1%	0,1%
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	1.542	1.452	1.371
	2,0%	1,9%	1,7%
Klageverfahren	72.691	71.719	75.509
	92,1%	92,5%	93,7%
Klagen im Verfahren für geringfügige Forderungen - small claims -	63	59	156
	0,1%	0,1%	0,2%
sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	4.517	4.171	3.417
	5,7%	5,4%	4,2%
bb) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Nachbarschaftssachen	403	414	380
	0,5%	0,5%	0,5%
Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	11	5	5
	0,0%	0,0%	0,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	585	524	531
	0,7%	0,7%	0,7%
Verkehrsunfallsachen	10.571	10.599	10.697
	13,4%	13,7%	13,3%
Wohnungsmietsachen	18.257	16.920	16.664
	23,1%	21,8%	20,7%
sonstige Mietsachen	2.030	1.737	1.444
	2,6%	2,2%	1,8%
Kaufsachen	13.719	13.534	12.736
	17,4%	17,5%	15,8%
Arzthaftungssachen	138	137	136
	0,2%	0,2%	0,2%

Reisevertragssachen	6.392	8.669	15.478
	8,1%	11,2%	19,2%
Kredit-/Leasingsachen	1.399	1.210	1.224
	1,8%	1,6%	1,5%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	2.423	2.399	2.033
	3,1%	3,1%	2,5%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	206	237	162
	0,3%	0,3%	0,2%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	3.197	2.968	2.678
	4,1%	3,8%	3,3%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	442	392	321
	0,6%	0,5%	4,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 1 bis 4 WEG	2.046	1.919	1.582
	2,6%	2,5%	2,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	82	86	75
	0,1%	0,1%	0,1%
sonstiger Verfahrensgegenstand	17.036	15.764	14.439
	21,6%	20,3%	17,9%
3. Verteilungsverfahren	13	15	18
4. Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	3.100	2.548	2.002
5. Zwangsverwaltungen	352	241	127
6. Vollstreckungssachen	184.086	187.593	190.418
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	876	755	705
<b>II. Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichsverfahren</b>			
1. Anträge auf Eröffnung des			
a) Insolvenzverfahrens (IN)	6.281	5.430	5.649
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahrens (IK)	4.844	4.882	4.398
c) Insolvenzverfahrens nach ausländischem Recht (IE)	12	5	11
2. Eröffnete			
a) Insolvenzverfahren (IN)	2.208	1.993	2.025
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	4.417	4.446	4.118
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	2	6	6
d) Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	593	462	391
<b>III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</b>			
1. Grundbuchsachen (eingereichte Urkunden und Unrichtigkeitsnachweise)			
a) Begründung und Veränderung von Eigentum, Veränderung der Berechtigung am Erbbaurecht	134.093	132.294	133.922
b) Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	256.984	254.201	256.947
c) Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum sowie von Erbbaurechten	4.957	4.578	5.052
2. Landwirtschaftssachen	76	92	92

3. Registersachen am Jahresende			
a) eingetragene Vereine	50.226	50.541	50.891
b) In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigungen und Rechtsformen ausländischen Rechts (HRA)	35.359	35.650	36.028
Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1.688	1.722	1.675
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	101.789	105.075	108.588
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	9	9	9
eingetragene Europäische Aktiengesellschaften (SE)	62	71	69
eingetragene Rechtsformen ausländischen Rechts (HRB)	1.190	1.187	1.137
c) eingetragene Genossenschaften	494	489	487
d) Seeschiffe	235	236	235
e) Binnenschiffe	248	248	251
4. Vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten			
a) Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pfllegschaften des Vormundschaftsgerichts	138	76	64
b) Pfllegschaften des Betreuungsgerichts	320	355	374
c) Am Jahresende anhängige Betreuungen	91.123	92.166	93.375
d) Betreuungsverfahren wurden anhängig	28.872	28.913	28.902
5. Freiheitsentziehungen und Unterbringungssachen			
a) Unterbringungssachen nach § 312 Nr. 1 bis 3 FamFG	11.006	11.297	11.861
b) Unterbringungssachen nach § 312 Nr. 4 FamFG	9.890	8.093	9.221
c) Freiheitsentziehungen nach § 415 Abs. 1 FamFG darunter Abschiebehaftsachen	724	1.057	1.345
d) Freiheitsentziehungen und Unterbringungssachen auf Grund landesrechtlicher Vorschriften (ohne Verfahren nach § 312 Nr. 4 FamFG)	633	997	1.272
6. Verfügungen von Todes wegen, Nachlass- und Teilungssachen			
a) Testamentssachen (IV)	40.714	40.234	40.577
b) Sonstige Nachlasssachen (VI)	57.181	58.294	57.624
7. Gerichtliche Urkunden, Standesamtssachen			
a) Angelegenheiten der Beratungshilfe	60.085	57.387	50.836
b) Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens darunter Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	2.465	2.309	2.473
c) Standesamtssachen	10	5	4
	385	406	386
<b>IV. Kirchenaustritte</b>	5.000	0	0
<b>V. Hinterlegungssachen</b>	4.420	5.567	4.741
<b>B Familiensachen</b>			
a) Geschäftsentwicklung: Eingänge	44.714	44.399	44.053
Erledigungen	45.803	44.348	44.508
Unerledigt am Jahresende	31.382	31.434	30.979
b) Erledigte Verfahren davon waren	45.803	44.348	44.508
Verfahren über abgetrennte Folgesachen	989	861	830
	2,2%	1,9%	1,9%
Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	136	138	126
	0,3%	0,3%	0,3%

Familiensachen	36.068	35.073	35.317
	78,7%	79,1%	79,3%
Einstweilige Anordnungen	8.605	8.267	8.224
	18,8%	18,6%	18,5%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig davon waren	63.442	60.854	61.026
Scheidung	14.174	13.569	13.665
	22,3%	22,3%	22,4%
andere Ehesachen	28	31	29
	0,0%	0,1%	0,0%
elterliche Sorge	11.489	11.412	11.662
	18,1%	18,8%	19,1%
Umgangsrecht (auch nach § 165 FamFG)	4.241	4.423	4.647
	6,7%	7,3%	7,6%
Herausgabe des Kindes	279	331	335
	0,4%	0,5%	0,5%
Unterhalt für das Kind	4.510	4.004	3.797
	7,1%	6,6%	6,2%
sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	117	119	145
	0,2%	0,2%	0,2%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	3.090	2.859	2.695
	4,9%	4,7%	4,4%
Versorgungsausgleich	14.339	13.623	13.916
	22,6%	22,4%	22,8%
Ehewohnung und/oder Haushalt	1.028	940	969
	1,6%	1,5%	1,6%
Güterrechtssachen	1.475	1.292	1.257
	2,3%	2,1%	2,1%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	3.255	3.363	3.195
	5,1%	5,5%	5,2%
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	362	384	428
	0,6%	0,6%	0,7%
Unterbringungen und freiheitsentziehende Maßnahmen nach § 1631b BGB	1.169	1.203	1.254
	1,8%	2,0%	2,1%
Unterbringung nach öffentlichem Recht nach § 151 Nr. 7 FamFG	446	159	113
	0,7%	0,3%	0,2%
sonstige Kindschaftssache	635	385	267
	1,0%	0,6%	0,4%
Abstammungssache	888	840	901
	1,4%	1,4%	1,5%
Adoptionssache	910	900	868
	1,4%	1,5%	1,4%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG	121	119	104
	0,2%	0,2%	0,2%
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	601	627	527
	0,9%	1,0%	0,9%
weitere Familiensache	285	271	252
	0,4%	0,4%	0,4%

auf ein erledigtes Verfahren entfielen an  
Verfahrensgegenständen im Durchschnitt

1,39      1,37      1,37

d) Geschäftsanfall in Vormundschafts- und Pflegschaftsverfahren des Familiengerichts Am Jahresende anhängige Vormundschaften und Pflegschaften	9.787	8.554	8.057
<b>C Strafsachen</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	40.861	40.410	40.146
Erledigungen	40.365	40.012	40.004
Unerledigt am Jahresende	16.443	16.835	16.907
b) Erledigte Verfahren	40.365	40.012	40.004
davon waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft zuungunsten des Beschuldigten	9	24	23
	0,0%	0,1%	0,1%
zugunsten des Beschuldigten	28	26	31
	0,1%	0,1%	0,1%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	1	2	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Eröffnungen des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	1	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Vorlagen/Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	0	0	1
	0,0%	0,0%	0,0%
in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren	6	3	6
	0,0%	0,0%	0,0%
Anklagen	30.193	29.997	29.670
	74,8%	75,0%	74,2%
Anträge auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren	831	825	561
	2,1%	2,1%	1,4%
Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren	398	335	294
	1,0%	0,8%	0,7%
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls	184	141	164
	0,5%	0,4%	0,4%
Einsprüche gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	8.466	8.408	8.995
	21,0%	21,0%	22,5%
Einsprüche gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	129	129	159
	0,3%	0,3%	0,4%
Privatklagen	67	71	60
	0,2%	0,2%	0,1%
c) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	38.501	38.209	38.747
2. Richterliche Entscheidungen in Haftsachen	6.539	6.017	6.107
3. Sonstige richterliche Maßnahmen	47.728	46.453	50.406

<b>D Bußgeldverfahren</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	27.908	31.903	32.886
Erledigungen	28.134	30.538	33.377
Unerledigt am Jahresende	7.909	9.265	8.765
b) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Erzwingungshafthanträge	14.021	15.168	12.962
2. Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25a Abs. 3 StVG, § 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG (Halterhaftung)	1.039	1.026	993
3. Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde	310	383	519
4. Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	1.572	1.532	1.557
<b>E Rechtshilfesachen</b>			
(in der freiwilligen Gerichtsbarkeit)			
Ersuchen an das Amtsgericht	3.419	2.998	2.629
Ersuchen an die Geschäftsstelle	1.480	1.477	1.521

### Landgerichte

<b>A Zivilsachen</b>			
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	26.424	27.518	29.928
Erledigungen	26.759	25.667	29.158
davon durch die			
Zivilkammer	24.358	23.183	26.835
Kammer für Handelssachen	2.388	2.472	2.316
Kammer für Baulandsachen	13	12	7
Entschädigungskammer	0	0	0
Wiedergutmachungskammer	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	27.145	28.994	29.763
b) Erledigte Verfahren	26.759	25.667	26.835
aa) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	0	0	2
	0,0%	0,0%	0,0%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	54	34	38
	0,2%	0,1%	0,1%
Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Abs. 2 AVAG)	---	---	---
	---	---	---
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	1.107	1.206	1.389
	4,1%	4,7%	4,8%
Klageverfahren	24.965	23.747	27.206
	93,3%	92,5%	93,3%
sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	633	680	523
	2,4%	2,6%	1,8%

bb) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
<b>Zivilkammern</b>			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	1.952	1.974	2.336
	7,3%	7,7%	8,0%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	482	490	464
	1,8%	1,9%	1,6%
Auseinandersetzungen von Gesellschaften	57	78	52
	0,2%	0,3%	0,2%
sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Auseinandersetzungen von Gesellschaften)	110	91	91
	0,4%	0,4%	0,3%
gewerblicher Rechtsschutz	584	667	983
	2,2%	2,6%	3,4%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	4.389	3.513	3.834
	16,4%	13,7%	13,1%
Verkehrsunfallsachen	1.954	2.127	2.246
	7,3%	8,3%	7,7%
Kaufsachen	1.755	2.349	4.148
	6,6%	9,2%	14,2%
Arzthaftungssachen	622	718	649
	2,3%	2,8%	2,2%
Reisevertragssachen	175	158	172
	0,7%	0,6%	0,6%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	204	170	209
	0,8%	0,7%	0,7%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	3	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	11	9	5
	0,0%	0,0%	0,0%
Kapitalanlagesachen	1.855	1.444	1.007
	6,9%	5,6%	3,5%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	1.000	1.041	1.140
	3,7%	4,1%	3,9%
technische Schutzrechte	38	21	16
	0,1%	0,1%	0,1%
Kartellsachen	34	15	25
	0,1%	0,1%	0,1%
sonstiger Verfahrensgegenstand	9.133	8.318	9.456
	34,1%	32,4%	32,4%
<b>Kammern für Handelssachen</b>			
Handelsvertretersachen	74	65	50
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	199	206	190
	0,7%	0,8%	0,7%
Bausachen	178	167	171
	0,7%	0,7%	0,6%
Markensachen	94	66	56
	0,4%	0,3%	0,2%
Wettbewerbssachen	489	580	595
	1,8%	2,3%	2,0%
Kartellsachen	8	3	11

Verfahren nach dem SpruchG	12	137	49
	0,0%	0,5%	0,2%
sonstiger Verfahrensgegenstand	1.334	1.248	1.194
	5,0%	4,9%	4,1%
c) Erledigungen der Zivilkammern	24.358	23.183	26.835
davon waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig bei dem Einzelrichter	22.028	20.780	23.835
	90,4%	89,6%	88,8%
bei der Kammer	2.330	2.403	3.000
	9,6%	10,4%	11,2%
<b>II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	3.955	3.825	3.548
Erledigungen	4.094	3.820	3.689
davon durch die			
Zivilkammer	4.085	3.807	3.683
Kammer für Handelssachen	9	13	6
Unerledigt am Jahresende	2.437	2.442	2.301
b) Erledigte Verfahren	4.094	3.820	3.689
davon waren			
aa) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	1	1	2
	0,0%	0,0%	0,1%
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils	30	35	24
	0,7%	0,9%	0,7%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	11	10	12
	0,3%	0,3%	0,3%
Berufungsverfahren	4.027	3.744	3.621
	98,4%	98,0%	98,2%
sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	25	30	30
	0,6%	0,8%	0,8%
bb) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
<b>Zivilkammern</b>			
Wohnungsmietsachen	812	684	676
	19,8%	17,9%	18,3%
sonstige Mietsachen	85	62	72
	2,1%	1,6%	2,0%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	95	79	137
	2,3%	2,1%	3,7%
Verkehrsunfallsachen	578	506	565
	14,1%	13,2%	15,3%
Kaufsachen	216	178	155
	5,3%	4,7%	4,2%
Arzthaftungssachen	18	16	34
	0,4%	0,4%	0,9%
Nachbarschaftssachen	35	22	24
	0,9%	0,6%	0,7%

Reisevertragssachen	252	374	328
	6,2%	9,8%	8,9%
Kredit-/Leasingsachen	52	34	39
	1,3%	0,9%	1,1%
Schuldrechtsanpassungs- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	1	3	3
	0,0%	0,1%	0,1%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	24	27	39
	0,6%	0,7%	1,1%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	8	0	2
	0,2%	0,0%	0,1%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	5	4	2
	0,1%	0,1%	0,1%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	80	52	47
	2,0%	1,4%	1,3%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 1 bis 4 WEG	367	331	237
	9,0%	8,7%	6,4%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	7	4	2
	0,2%	0,1%	0,1%
sonstiger Verfahrensgegenstand	1.450	1.431	1.321
	35,4%	37,5%	35,8%
<b>Kammern für Handelssachen</b>			
Handelsvertretersachen	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	0	1	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Bausachen	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
sonstiger Verfahrensgegenstand	9	12	6
	0,2%	0,3%	0,2%
<b>III. Beschwerden</b>			
Eingänge	5.816	5.674	5.416
<b>B Strafsachen</b>			
<b>I. Strafsachen in erster Instanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.006	1.090	1.184
Erledigungen	983	1.053	1.154
Unerledigt am Jahresende	787	825	856
b) Erledigte Verfahren	983	1.053	1.154
darunter waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	8	9	11
	0,8%	0,9%	1,0%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	31	45	26
	3,2%	4,3%	2,3%
Anklagen	796	834	935
	81,0%	79,2%	81,0%
Vorlagen oder Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	66	77	102
	6,7%	7,3%	8,8%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens	76	83	72
	7,7%	7,9%	6,2%



<b>II. Strafsachen in der Berufungsinstanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.619	2.652	2.624
Erledigungen	2.738	2.664	2.650
Unerledigt am Jahresende	1.220	1.208	1.182
b) Erledigte Verfahren	2.738	2.664	2.650
davon waren			
Berufungen in Privatklageverfahren	1	1	3
	0,0%	0,0%	0,1%
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	4	6	5
	0,1%	0,2%	0,2%
durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	35	21	21
	1,3%	0,8%	0,8%
Berufungen in Officialverfahren	2.510	2.403	2.419
	91,7%	90,2%	91,3%
Annahmeberufungen in Officialverfahren	188	233	202
	6,9%	8,7%	7,6%
<b>III. Beschwerden in Strafsachen</b>			
Eingänge	2.559	2.534	2.553
<b>IV. Strafvollstreckungssachen</b>			
1. Verfahren vor der (kleinen) Strafvollstreckungskammer	6.815	6.350	5.868
2. Verfahren vor der (großen) Strafvollstreckungskammer	827	848	816

**Staatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main**

<b>A Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte</b>			
<b>I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)</b>			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	185.367	182.898	188.441
Erledigungen	184.155	180.871	184.521
Unerledigt am Jahresende	37.518	39.364	43.348
<b>II. Anzeigen gegen unbekannte Täter</b>			
	79.172	81.013	78.701
<b>III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz</b>			
	588	596	528
<b>B Geschäfte der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte</b>			
<b>I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)</b>			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	201.642	199.993	202.530
Erledigungen	204.184	200.880	203.054
Unerledigt am Jahresende	33.802	32.471	31.708
<b>II. Anzeigen gegen unbekannte Täter</b>			
	133.184	121.720	115.744
<b>III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz</b>			
	27.522	32.148	33.329

<b>C Strafvollstreckung</b>			
<b>I. Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde</b>			
	63.733	63.030	65.300
<b>II. Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe</b>			
1. Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben			
	1.557	1.296	1.419
2. Zahl der Tage der Ersatzfreiheitsstrafe, deren Vollstreckung durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet wurde			
	55.883	50.113	59.140
<b>D Andere Geschäfte der Staats-(Amts-)anwaltschaften</b>			
Gnadensachen	229	219	211
Entschädigungssachen nach dem StrEG	56	56	66
Rechtshilfesachen einschl. Auslieferungssachen	6.007	6.178	6.492

**Oberlandesgericht**

<b>A Zivilsachen (ohne Familiensachen)</b>			
<b>I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	4.501	4.906	7.615
Erledigungen	4.940	4.940	6.051
Unerledigt am Jahresende	4.903	4.869	6.433
b) Erledigte Verfahren			
aa) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	2	2	1
	0,0%	0,0%	0,0%
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungssachen, Berufungen gegen Urteile auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils			
	4	4	2
	0,1%	0,1%	0,0%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung			
	59	76	67
	1,2%	1,5%	1,1%
Berufungsverfahren			
	4.812	4.801	5.964
	97,4%	97,2%	98,6%
sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren			
	63	57	17
	1,3%	1,2%	0,3%
bb) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)			
	302	353	337
	6,1%	7,1%	5,6%
Arzthaftungssachen			
	166	178	212
	3,4%	3,6%	3,5%
Auseinandersetzung von Gesellschaften			
	24	39	27
	0,5%	0,8%	0,4%
Verkehrsunfallsachen			
	300	310	356
	6,1%	6,3%	5,9%
Kaufsachen			
	323	503	1.504
	6,5%	10,2%	24,9%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)			
	66	58	44
	1,3%	1,2%	0,7%

Reisevertragssachen	29	24	23
	0,6%	0,5%	0,4%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	1.204	1.156	738
	24,4%	23,4%	12,2%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	124	119	124
	2,5%	2,4%	2,0%
gewerblicher Rechtsschutz	165	166	165
	3,3%	3,4%	2,7%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücksrecht betreffend die neuen Länder	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	75	76	85
	1,5%	1,5%	1,4%
Entschädigungssachen nach dem BEG	1	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	0	1	2
	0,0%	0,0%	0,0%
Kapitalanlagesachen	380	257	260
	7,7%	5,2%	4,3%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	389	376	326
	7,9%	7,6%	5,4%
technische Schutzrechte	4	6	3
	0,1%	0,1%	0,0%
Kartellsachen	35	10	14
	0,7%	0,2%	0,2%
Vergabesachen	7	6	5
	0,1%	0,1%	0,1%
sonstiger Verfahrensgegenstand	1.346	1.302	1.826
	27,2%	26,4%	30,2%

## II. Beschwerden

Eingänge 2.239 2.210 2.070

## B Familiensachen

### I. Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz (UF)

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.940	1.831	2.036
Erledigungen	2.051	1.810	2.112
Unerledigt am Jahresende	1.200	1.221	1.147
b) Erledigte Verfahren davon waren			
Lebenspartnerschaftssachen	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Familiensachen	1.808	1.535	1.841
	88,2%	84,8%	87,2%
Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren	243	275	271
	11,8%	15,2%	12,8%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrensgegenständen insgesamt anhängig davon betrafen	2.151	1.952	2.263

Scheidung	106	139	140
	4,9%	7,1%	6,2%
andere Ehesachen	13	15	3
	0,6%	0,8%	0,1%
elterliche Sorge	529	475	573
	24,6%	24,3%	25,3%
Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	179	179	216
	8,3%	9,2%	9,5%
Herausgabe des Kindes	26	22	25
	1,2%	1,1%	1,1%
Unterhalt für das Kind	301	249	231
	14,0%	12,8%	10,2%
sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	5	3	5
	0,2%	0,2%	0,2%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	201	183	175
	9,3%	9,4%	7,7%
Versorgungsausgleich	461	352	545
	21,4%	18,0%	24,1%
Ehewohnung und/oder Hausrat	35	34	32
	1,6%	1,7%	1,4%
Güterrechtssachen	71	70	76
	3,3%	3,6%	3,4%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	80	81	69
	3,7%	4,1%	3,0%
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	5	9	11
	0,2%	0,5%	0,5%
Unterbringungen und freiheitsentziehende Maßnahmen nach § 1631b BGB	24	24	28
	1,1%	1,2%	1,3%

Unterbringung nach öffentlichem Recht nach § 151 Nr. 7 FamFG 1 8 4

0,0% 0,4% 0,2%

9 6 4

sonstige Kindschaftssache 0,4% 0,3% 0,2%

17 11 19

Abstammungssache 0,8% 0,6% 0,8%

20 12 14

Adoptionssache 0,9% 0,6% 0,6%

Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG 0 0 0

0,0% 0,0% 0,0%

33 44 57

sonstige Familiensache nach § 266 FamFG 1,5% 2,3% 2,5%

35 36 36

weitere Familiensache 1,6% 1,8% 1,6%

## II. Sonstige Beschwerden in Familiensachen

Eingänge 1.791 1.698 1.635

## C Strafsachen

### I. Strafsachen in erster Instanz

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	4	6	2
Erledigungen	2	3	4
Unerledigt am Jahresende	10	14	12

<b>II. Strafsachen in der Revisionsinstanz</b>			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	370	363	374
Erledigungen	330	403	368
Unerledigt am Jahresende	103	64	70
<b>III. Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren</b>			
Beschwerden in Strafsachen	1.248	1.213	1.138
Anträge auf Haftentscheidung nach §§ 121 ff. StPO	285	367	414
Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO	193	171	160
Auslieferungsverfahren	254	286	294
Verfahren nach § 23 EGGVG	47	21	25
Anträge nach § 51 RVG	59	37	40
<b>D Bußgeldverfahren</b>			
<b>I. Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.384	1.177	1.571
Erledigungen	1.258	1.210	1.317
Unerledigt am Jahresende	232	203	457
b) Erledigte Verfahren			
davon waren	1.258	1.210	1.317
Rechtsbeschwerden gegen ein Urteil	603	542	652
	47,9%	44,8%	49,5%
Rechtsbeschwerden gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerde nach § 80 Abs. 1 OWiG	655	668	665
	52,1%	55,2%	50,5%
<b>II. Sonstiger Geschäftsanfall</b>			
Einsprüche nach dem Gesetz gegen Wettbewerbs-beschränkungen	0	0	0
<b>Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht</b>			
<b>A Ermittlungsverfahren</b>			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	71	34	24
Erledigungen	14	57	25
Unerledigt am Jahresende	69	46	45
<b>B Andere Geschäfte</b>			
Revisionen	409	397	415
Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	1.391	1.231	1.580
Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	1.179	1.257	1.143
Beschwerden gegen Staats-/Anwalts (Zs)	2.626	2.689	2.510
Haftprüfungsverfahren	300	406	439
Aus- und Durchlieferungsachen	367	389	380
Berufsgerichtliche Verfahren	445	491	533
Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	203	219	262
Entschädigungssachen nach dem StrEG	197	174	177

Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	696	758	693
Kartellbußgeldsachen	3	10	12

### Verwaltungsgerichte

<b>A Hauptverfahren</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	30.728	13.253	11.576
darunter Asylsachen	25.803	8.596	6.641
Erledigungen	12.686	15.639	14.850
darunter Asylsachen	8.361	11.196	10.206
Unerledigt am Jahresende	32.037	29.715	26.505
darunter Asylsachen	25.946	23.383	19.847
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)			
davon entfielen auf die Sachgebiete	12.686	15.639	14.850
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	55	79	42
	0,4%	0,5%	0,3%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	413	328	365
	3,3%	2,1%	2,5%
Numerus-clausus-Verfahren	52	60	42
	0,4%	0,4%	0,3%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	345	431	397
	2,7%	2,8%	2,7%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	610	670	768
	4,8%	4,3%	5,2%
Ausländerrecht	660	789	1.030
	5,2%	5,0%	6,9%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (ab 1.1.2018: Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	8.361	8.886	8.200
	65,9%	56,8%	55,2%
Asylrecht - Eilverfahren	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG) - ab 1.1.2018	---	1.564	1.293
	---	10,0%	8,7%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG) - ab 1.1.2018	---	746	713
	---	4,8%	4,8%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	301	277	310
	2,4%	1,8%	2,1%
Umweltrecht	172	181	168
	1,4%	1,2%	1,1%
Abgabenrecht			
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsgebühr	467	570	352
	3,7%	3,6%	2,4%
Vermögens- und SED-Rehabilitierungsrecht	0	1	0
	0,0%	0,0%	0,0%

Recht des öffentlichen Dienstes	526	565	562
	4,1%	3,6%	3,8%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	48	45	68
	0,4%	0,3%	0,5%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	464	390	458
	3,7%	2,5%	3,1%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	0	1	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	212	56	82
	1,7%	0,4%	0,6%

Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	144	118	111
	2,3%	1,8%	2,0%
Umweltrecht	42	53	45
	0,7%	0,8%	0,8%
Abgabenrecht			
- ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
- ohne hochschulrechtliche Abgaben			
- ohne Sondernutzungsgebühr	70	58	81
	1,1%	0,9%	1,5%
Recht des öffentlichen Dienstes	195	187	260
	3,1%	2,8%	4,7%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	5	8	11
	0,1%	0,1%	0,2%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	92	138	133
	1,5%	2,1%	2,4%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	2	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	29	29	58
	0,5%	0,4%	1,1%
<b>II. Vollstreckungsverfahren</b>	197	114	77
<b>III. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens</b>	553	259	273

**B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

**I. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	6.849	6.078	5.061
darunter Asylsachen	3.959	3.302	2.614
darunter NC-Verfahren	1.213	952	561
Erledigungen	6.197	6.635	5.484
darunter Asylsachen	3.564	3.726	2.762
darunter NC-Verfahren	1.082	1.147	748
Unerledigt am Jahresende	1.788	1.247	849
darunter Asylsachen	732	318	173
darunter NC-Verfahren	592	400	231
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	6.197	6.635	5.484
davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	38	41	45
	0,6%	0,6%	0,8%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	99	115	157
	1,6%	1,7%	2,9%
Numerus-clausus-Verfahren	1.082	1.147	748
	17,5%	17,3%	13,6%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	77	79	76
	1,2%	1,2%	1,4%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	350	360	379
	5,6%	5,4%	6,9%
Ausländerrecht	408	576	618
	6,6%	8,7%	11,3%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Asylrecht - Eilverfahren (ab 1.1.2018: Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	3.564	1.103	819
	57,5%	16,6%	14,9%
Asylrecht - Eilverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG) - ab 1.1.2018	---	2.055	1.434
	---	31,0%	26,1%
Asylrecht - Eilverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG) - ab 1.1.2018	---	568	509
	---	8,6%	9,3%

**Hessischer Verwaltungsgerichtshof**

**A Hauptverfahren in erster Instanz**

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	90	59	52
Erledigungen	77	65	53
Unerledigt am Jahresende	113	105	98

**B Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.457	1.957	2.897
darunter Asylsachen	790	1.317	1.540
Erledigungen	2.000	1.165	1.574
darunter Asylsachen	659	728	830
Unerledigt am Jahresende	943	1.734	3.056
darunter Asylsachen	321	911	1.623
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	2.000	1.165	1.574
davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	8	16	16
	0,4%	1,4%	1,0%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	48	53	35
	2,4%	4,5%	2,2%

Numerus-clausus-Verfahren	0	1	5
	0,0%	0,1%	0,3%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	59	29	50
	3,0%	2,5%	3,2%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	80	42	47
	4,0%	3,6%	3,0%
Ausländerrecht	46	51	27
	2,3%	4,4%	1,7%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (ab 1.1.2018: Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	659	722	824
	33,0%	62,0%	52,4%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG) - ab 1.1.2018	---	3	2
	---	0,3%	0,1%
Asylrecht - Hauptsacheverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG) - ab 1.1.2018	---	3	4
	---	0,3%	0,3%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	36	46	54
	1,8%	3,9%	3,4%
Umweltrecht	37	22	31
	1,9%	1,9%	2,0%
Abgabenrecht - ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handels- kammern, Steuerberaterkammern, Handwerks- kammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen - ohne hochschulrechtliche Abgaben - ohne Sondernutzungsgebühr	70	39	91
	3,5%	3,3%	5,8%
Recht des öffentlichen Dienstes	62	73	61
	3,1%	6,3%	3,9%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	6	4	10
	0,3%	0,3%	0,6%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	57	32	45
	2,9%	2,7%	2,9%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	832	29	272
	41,6%	2,5%	17,3%

**C Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf  
Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem  
Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

**I. Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf  
Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem  
Rechtsschutz**

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	557	533	581
Erledigungen	483	544	568
Unerledigt am Jahresende	174	164	174
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen) davon entfielen auf die Sachgebiete	483	544	568

Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	15	14	16
	3,1%	2,6%	2,8%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	19	17	26
	3,9%	3,1%	4,6%
Numerus-clausus-Verfahren	75	93	84
	15,5%	17,1%	14,8%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	29	49	25
	6,0%	9,0%	4,4%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	86	97	97
	17,8%	17,8%	17,1%
Ausländerrecht	108	125	159
	22,4%	23,0%	28,0%
Asylrecht - Eilverfahren (ab 1.1.2018: nur Asylrecht und Verteilung von Asylbewerbern)	7	8	14
	1,4%	1,5%	2,5%
Asylrecht - Eilverfahren (Dublin-Verfahren nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG) - ab 1.1.2018	---	0	0
	---	0,0%	0,0%
Asylrecht - Eilverfahren (Verfahren nach §§ 29a, 30 AsylG) - ab 1.1.2018	---	1	0
	---	0,2%	0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	37	36	44
	7,7%	6,6%	7,7%
Umweltrecht	17	16	18
	3,5%	2,9%	3,2%
Abgabenrecht - ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handels- kammern, Steuerberaterkammern, Handwerks- kammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen - ohne hochschulrechtliche Abgaben - ohne Sondernutzungsgebühr	22	19	9
	4,6%	3,5%	1,6%
Recht des öffentlichen Dienstes	41	45	50
	8,5%	8,3%	8,8%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	15	18	20
	3,1%	3,3%	3,5%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1.1.2005)	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Sonstiges	11	7	6
	2,3%	1,3%	1,1%

**II. Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur  
Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in Numerus-  
clausus-Sachen**

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	116	68	57
Erledigungen	75	93	84
Unerledigt am Jahresende	52	27	0

<b>III. Sonstige Beschwerden</b>	362	282	309
<b>Hessisches Finanzgericht</b>			
<b>A Klagen</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.012	1.677	1.665
Erledigungen	2.163	1.880	1.825
Unerledigt am Jahresende	2.337	2.134	1.975
b) Gegenstände der erledigten Verfahren	2.689	2.332	2.258
davon entfielen auf die Sachgebiete			
Gewinneinkünfte	380	321	286
	14,1%	13,8%	12,7%
Überschusseinkünfte	297	242	208
	11,0%	10,4%	9,2%
Sonstige Steuern von Einkommen einschließlich nichteinkunftsartsspezifische Streitpunkte	145	126	107
	5,4%	5,4%	4,7%
Steuern von Einkommen, die (noch) nicht den Sachgebieten Gewinn- und Überschusseinkünfte und sonstige Steuern von Einkommen zugeordnet werden konnten	4	5	5
	0,1%	0,2%	0,2%
Körperschaftsteuer	96	89	89
	3,6%	3,8%	3,9%
Objektbezogene Steuern	211	221	203
	7,8%	9,5%	9,0%
Verkehrssteuer	456	280	301
	17,0%	12,0%	13,3%
Verbrauchssteuer sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	62	55	44
	2,3%	2,4%	1,9%
Kindergeld nach EStG einschließlich Rückforderungen, Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen (einschließlich Familienleistungsausgleich)	459	487	557
	17,1%	20,9%	24,7%
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	294	260	231
	10,9%	11,1%	10,2%
Steuern von Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO-/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	282	245	227
	10,5%	10,5%	10,1%
Vollschätzfälle	3	1	0
	0,1%	0,0%	0,0%
<b>B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz</b>			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	326	279	337
Erledigungen	302	297	343
Unerledigt am Jahresende	123	105	99
b) Erledigte Verfahren	302	297	343
davon waren			

Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 69 Abs. 3 FGO	287	274	319
	95,0%	92,3%	93,0%
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 114 FGO	15	23	24
	5,0%	7,7%	7,0%

<b>C Sonstige Verfahren</b>			
Kostensachen	54	35	51
Sonstige selbständige Verfahren	5	7	5

#### Arbeitsgerichte

<b>A Urteils- und Beschlussverfahren (Normalverfahren)</b>			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	28.256	27.271	28.752
Erledigungen	28.948	26.681	27.366
Unerledigt am Jahresende	7.998	8.632	10.083
davon waren			
1. Normalklagen			
Eingänge	26.567	25.758	27.465
Erledigungen	27.237	25.134	26.035
Unerledigt am Jahresende	7.438	8.107	9.604
2. Beschlussverfahren			
Eingänge	1.689	1.513	1.287
Erledigungen	1.711	1.547	1.331
Unerledigt am Jahresende	560	525	479
<b>B Sozialkassenklagen</b>			
Eingänge	9.747	7.164	4.295
Erledigungen	10.401	9.707	5.287
Unerledigt am Jahresende	5.727	3.208	2.225
<b>C Eingänge Mahnverfahren</b>	46.452	30.287	14.855
davon waren			
1. Normalverfahren	1.529	1.644	1.688
2. Sozialkassenverfahren	44.923	28.643	13.167

#### Hessisches Landesarbeitsgericht

<b>A Berufungen und Beschwerdeverfahren in Beschlussssachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG</b>			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.002	1.969	1.787
Erledigungen	1.844	1.879	1.885
Unerledigt am Jahresende	1.503	1.591	1.495
davon waren			
1. Berufungen			
Eingänge	1.733	1.728	1.600
Erledigungen	1.566	1.622	1.673
Unerledigt am Jahresende	1.360	1.465	1.394

von den erledigten Berufungen waren Bestandsstreitigkeiten	501	346	457
<b>2. Beschwerdeverfahren in Beschluss-sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG</b>			
Eingänge	269	241	187
Erledigungen	278	257	212
Unerledigt am Jahresende	143	126	101

#### B Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	496	439	506
Erledigungen	491	439	423
Unerledigt am Jahresende	149	150	233

### Sozialgerichte

#### A Einstweiliger Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.315	2.195	2.279
Erledigungen	2.287	2.205	2.281
Unerledigt am Jahresende	273	264	263

#### B Klageverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	20.087	25.684	24.556
Erledigungen	19.510	20.313	23.521
Unerledigt am Jahresende	29.433	34.807	35.845
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	19.510	20.313	23.521
Krankenversicherung ab 1.1.2018 ohne Verfahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebsprüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	3.749	4.236	8.775
	19,2%	20,9%	37,3%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	626	725	583
	3,2%	3,6%	2,5%
Pflegeversicherung	568	485	465
	2,9%	2,4%	2,0%
Unfallversicherung	1.127	1.138	1.005
	5,8%	5,6%	4,3%
Rentenversicherung ab 1.1.2018 ohne Verfahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebsprüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	2.898	2.934	2.681
	14,9%	14,4%	11,4%
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0	0
	0,0%	0,0%	0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	1.496	1.483	1.493
	7,7%	7,3%	6,3%
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6a und 6b BKGG	4.918	5.196	4.432
	25,2%	25,6%	18,8%
Angelegenheiten nach dem SGB XII und bis 2017 nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	1.149	952	881
	5,9%	4,7%	3,7%
Ab 2018 Angelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	----	61	65
	----	0,3%	0,3%

Versorgungs- und Entschädigungsrecht	144	173	137
	0,7%	0,9%	0,6%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	2.672	2.657	2.720
	13,7%	13,1%	11,6%
Sonstiges	163	183	169
	0,8%	0,9%	0,7%
Verfahren nach § 7a SGB IV sowie Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV	---	90	115
	---	0,4%	0,5%

### Hessisches Landessozialgericht

#### A Erstinstanzliche Klagen

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	7	7	4
Erledigungen	4	8	5
Unerledigt am Jahresende	7	6	3

#### B Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 86b SGG

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1	4	0
Erledigungen	0	2	0
Unerledigt am Jahresende	0	0	0

#### C Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz nach § 29 SGG

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	7	10	9
Erledigungen	5	13	8
Unerledigt am Jahresende	3	1	2

#### D Normenkontrollverfahren

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	0	1	0
Erledigungen	1	0	1
Unerledigt am Jahresende	0	1	0

#### E Berufungsverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.666	1.924	1.646
Erledigungen	1.897	1.626	1.675
Unerledigt am Jahresende	1.906	2.204	2.177
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	1.897	1.626	1.675
Krankenversicherung ab 1.1.2018 ohne Verfahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebsprüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	410	335	469
	21,6%	20,6%	28,0%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	76	44	37
	4,0%	2,7%	2,2%
Pflegeversicherung	33	45	32
	1,7%	2,8%	1,9%
Unfallversicherung	295	194	188
	15,6%	11,9%	11,2%

Rentenversicherung ab 1.1.2018 ohne Verfahren nach § 7a SGB IV und ohne Betriebsprüfungen nach §§ 28p u. 28q SGB IV	321 16,9%	367 22,6%	279 16,7%
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	91 4,8%	75 4,6%	92 5,5%
Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6a und 6b BKGG	366 19,3%	288 17,7%	262 15,6%
Streitigkeiten nach dem SGB XII und bis 2017 nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	134 7,1%	62 3,8%	113 6,7%
Ab 2018 Angelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	----	2 0,1%	1 0,1%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	34 1,8%	36 2,2%	22 1,3%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	125 6,6%	145 8,9%	143 8,5%
Sonstiges	12 0,6%	16 1,0%	24 1,4%
Verfahren nach § 7a SGB IV sowie Betriebsprüfungen nach §§ 28p und 28q SGB IV	---	17 1,0%	13 0,8%

#### F Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	314	332	344
Erledigungen	330	329	342
Unerledigt am Jahresende	42	45	47

#### G Sonstige Beschwerden ohne Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	388	499	434
Erledigungen	434	547	480
Unerledigt am Jahresende	223	175	129

## BEKANNTMACHUNG DES OBERLANDESGERICHTS

### Veröffentlichung des Widerrufs der Anerkennung von Gütestellen im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO

Die Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 ZPO des Hans-Christian Otto-Hrovat in Oberursel (Taunus) wurde mit Bescheid vom 30. Juni 2020, Az: 318 E - I/3 - 1986/12, gemäß § 12 Abs. 2 Ziff. 4 Gesetz zur Regelung der außergerichtlichen Streitschlichtung mit Ablauf des 31.10.2020 widerrufen.

## PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

### Oberlandesgericht

#### Ernannt wurde

zur Richterin am  
Oberlandesgericht:

Richterin am Amtsgericht Dr. Kerstin Wierse

#### Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Richterin am Oberlandesgericht Dr. Ursula Schmidt-Speicher

### Landgerichte

#### Ernannt wurde

zur Vorsitzenden Richterin am  
Landgericht:

Richterin am Landgericht Dr. Katharina Jost in Hanau

zum Vorsitzenden Richter am  
Landgericht:

- Richter am Landgericht Dr. Sebastian Pfotenhauer in Marburg
- Richter am Landgericht Dr. Jan Helmrich in Darmstadt

zur Richterin am Landgericht:

Richterin auf Probe Evelyn Oehm in Frankfurt am Main unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit

#### Ausgeschieden ist

wegen Ruhestand:

Richterin am Landgericht Marianne Steck-von der Lühe in Frankfurt am Main

### Staatsanwaltschaften

#### Ernannt wurde

zur Staatsanwältin als  
Gruppenleiterin bei einer  
Staatsanwaltschaft:

Staatsanwältin Annette Fercher in Darmstadt



zur Staatsanwältin: - Richterin auf Probe Julia Schmitt in Wiesbaden  
- Richterin auf Probe Anna Katharina Völker in Kassel  
beide unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

zur Oberamtsanwältin: - Amtsanwältin Anja Wolf in Darmstadt  
- Amtsanwältin Cornelia Vernaleken in Darmstadt

**Versetzt wurde**  
von der Staatsanwaltschaft Marburg an die Staatsanwaltschaft Hanau:

Leitende Oberstaatsanwältin als Leiterin einer Staatsanwaltschaft  
Annette von Schmiedeberg

von der Staatsanwaltschaft Mannheim an die Staatsanwaltschaft Darmstadt:

Staatsanwältin Dr. Beate Ritzke

**Ausgeschieden ist**  
wegen Ruhestand:

- Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft und als ständige Vertreterin einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts Gabriele Türmer in Hanau
- Oberamtsanwalt Rainer Hosung in Darmstadt

#### **Amtsgerichte**

**Ernannt wurde**  
zur Richterin am Amtsgericht:

Richterin auf Probe Dr. Kathi Christine Stein in Kassel  
unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit

**Versetzt wurde**  
von dem Amtsgericht Büdingen an das Amtsgericht Rüsselsheim:

Direktorin des Amtsgerichts Inge Staples

#### **Hessischer Verwaltungsgerichtshof**

##### **Ernannt wurde**

zur Amtsrätin: Justizamtfrau Dunja Berghöfer-Otto

zum Hauptsekretär im Justizwachtmeisterdienst:

Obersekretär Frank Kehrel

#### **Verwaltungsgerichte**

##### **Ernannt wurde**

zur Richterin am Verwaltungsgericht:

Richterin auf Probe Dr. Magdalena Michl in Gießen  
unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit

zur Amtsrätin:

Justizamtfrau Verena Keiner in Gießen

#### **Arbeitsgerichte**

##### **Ernannt wurde**

zur Richterin am Arbeitsgericht:

- Richterin auf Probe Irina Herber in Frankfurt am Main
- Richterin auf Probe Dr. Janine Mattes in Frankfurt am Main
- Richterin auf Probe Deniz Nikolaus in Kassel

alle unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit

#### **Hessischer Anwaltsgerichtshof**

als berufsrichterliches Mitglied des Hessischen Anwaltsgerichtshof:

Richterin am Oberlandesgericht  
Dagmar Jungblut für eine Amtszeit vom 30. Mai 2020 bis einschließlich 29. Mai 2025

#### **Notarinnen und Notare**

##### **Bestellt wurde**

zur Notarin:

- Rechtsanwältin Kerstin Hanke mit dem Amtssitz in Frankfurt am Main
- Rechtsanwältin Maria Schöne mit dem Amtssitz in Gernsheim
- Rechtsanwältin Miriam Adelheid Budeck mit dem Amtssitz in Maintal

- zum Notar:
- Rechtsanwalt Mirko Kurt Pitt Sprengnether mit dem Amtssitz in Bad Vilbel
  - Rechtsanwalt Hermann Armin Keller mit dem Amtssitz in Neu-Isenburg

#### **Ausgeschieden ist**

aufgrund des Erreichens der Altersgrenze:

- Notar Matthias Alexander Peter, Frankfurt am Main, mit Ablauf des 30.06.2020
- Notar Dr. Karl-Adolf Günther, Hanau, mit Ablauf des 31.08.2020

Geschlecht, kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Dem Hessischen Ministerium der Justiz wurde das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben verliehen. Darüber hinaus ist das Ministerium Mitglied im Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ und der Charta zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege beigetreten.

Bewerbungen sind binnen **drei Wochen** auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden zu richten. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht um eine Ausschlussfrist handelt.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

---

## **STELLENAUSSCHREIBUNGEN**

### **Hessisches Ministerium der Justiz**

Im Hessischen Ministerium der Justiz sind im Laufe des Jahres 2020 mehrere Stellen für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im gehobenen Dienst zu besetzen.

Das Ministerium bietet vielfältige, abwechslungsreiche, verantwortungsvolle und innovative Tätigkeitsfelder. Die Aufgabengebiete umfassen voraussichtlich Tätigkeiten in Abteilung Z (Personal, Haushalt und Justizariat), Abteilung I (Abteilung für Informationstechnik und Modernisierung, Justizcontrolling, Organisation und Liegenschaften) sowie Abteilung II (Zivilrecht und Öffentliches Rechts einschließlich Rechtspflege und Gesetzgebungsangelegenheiten, Ausbildung). Je nach Stellensituation besteht auch die Möglichkeit, innerhalb des Ministeriums das Aufgabengebiet zu wechseln.

Der besondere Stellenschlüssel für oberste Landesbehörden eröffnet die Möglichkeit, Beförderungsmöglichkeiten bei entsprechender Leistung auch zeitnah zu erreichen. Für besonders qualifizierte Beamtinnen und Beamte bietet sich darüber hinaus die Möglichkeit eines Aufstiegs in den höheren Dienst.

Für die Stellen kommen Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes in Betracht, die über Voraussetzungen wie Leistungsbereitschaft, Teamfähigkeit, Eigeninitiative, Innovationsfähigkeit, Belastbarkeit, Flexibilität und sicheres Auftreten sowie über sehr gute Kenntnisse in den Microsoft-Office-Anwendungen verfügen.

Die ausgeschriebenen Stellen können auch in Teilzeit besetzt werden.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Es besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils aufgrund des Frauenförder- und Gleichstellungsplans.

Die hessische Justiz fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir begrüßen deshalb im Rahmen der rechtlichen Vorgaben für die ausgeschriebenen Stellen Bewerbungen von allen Menschen, unabhängig von deren

### **Ordentliche Gerichtsbarkeit**

1. die Direktorin oder den Direktor des Amtsgerichts Büdingen (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 4)  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.4) auszurichten.
2. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Landgericht (R 2)  
bei dem Landgericht Marburg  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.3) auszurichten.
3. eine Richterin am Amtsgericht als die ständige Vertreterin oder einen Richter am Amtsgericht als der ständige Vertreter einer Direktorin oder eines Direktors des Amtsgerichts (R 2)  
bei dem Amtsgericht Wetzlar  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.5) auszurichten.

### **Staatsanwaltschaften**

4. die Leitende Oberstaatsanwältin als Leiterin oder den Leitenden Oberstaatsanwalt als Leiter einer Staatsanwaltschaft (R 3)  
bei der Staatsanwaltschaft Marburg.  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.4.) auszurichten.

5. eine Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft (R 2) bei der Staatsanwaltschaft Kassel.  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1 Ziffer 2.7.) auszurichten.

6. eine Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft (R 2) bei der Staatsanwaltschaft Kassel.  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1 Ziffer 2.7.) auszurichten.

#### Arbeitsgerichtsbarkeit

7. die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten des Hessischen Landesarbeitsgericht (R 3 mit Amtszulage nach Fußnote 3) bei dem Hessischen Landesarbeitsgericht in Frankfurt am Main  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Ziffer 2.5) auszurichten.

#### Sozialgerichtsbarkeit

8. eine Richterin oder einen Richter am Hessischen Landessozialgericht (R 2) bei dem Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.2) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

#### Finanzgerichtsbarkeit

9. eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Hessischen Finanzgericht (R 3) bei dem Hessischen Finanzgericht in Kassel.  
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Januar 2018 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 52 ff., Anlage 1, Nr. 2.3) auszurichten.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind binnen **drei Wochen** auf dem Dienstweg an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden zu richten.

**Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens zu auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.**

---

Herausgeber: Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils:  
Leitende Ministerialrätin Zubrod, Hessisches Ministerium der Justiz, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden

Die Buchbesprechungen stehen unter alleiniger Verantwortung der Verfasserin oder des Verfassers.

ISSN 0022-7064

#### Kontakt/Abonnement:

Frau Paulmichl, Tel. (0611) 32 27 28, Fax (0611) 32 27 63, [jmb1@hmdj.hessen.de](mailto:jmb1@hmdj.hessen.de)

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz zu richten. Der jährliche Bezugspreis in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die Bankverbindung sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. Abonnementkündigungen können nur zum **31. Dezember eines Kalenderjahres** vorgenommen werden.

**Einzelstücke** sind bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder, für Abonnenten, bei dem Hessischen Ministerium der Justiz erhältlich. Preis dieser Nummer: ... Euro.

**Einbanddecken** können kostenpflichtig bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt oder der Justizvollzugsanstalt Kassel I - Buchbinderei -, Theodor-Fliedner-Straße 12, 34121 Kassel, bestellt werden.

#### Datenschutzhinweise:

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Bestellung von Abonnements und Einzelstücken ist das Hessische Ministerium der Justiz. Die mitgeteilten personenbezogenen Daten werden ausschließlich zum Zweck der postalischen Zusendung der bestellten JMBl.-Ausgaben und der entsprechenden Rechnungen gespeichert und verarbeitet. Zugriff zu den Daten ist nur den dafür zuständigen Beschäftigten eingeräumt. Bei Abonnements erfolgt eine Weitergabe der Daten zum Zweck des Versands an den Verlag Chmielorz GmbH, Wiesbaden, der als Dienstleister im Auftrag und nach den Vorgaben des Hessischen Ministeriums der Justiz tätig wird.

Bei Kündigung eines Abonnements werden die dazu gespeicherten Daten drei Jahre nach Zahlung der letzten Jahresbezugsgebühr, bei Einzelbestellungen drei Jahre nach Zahlung des Bezugspreises gelöscht.

Betroffene können vom Hessischen Ministerium der Justiz Auskunft über ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Sie können sich an den Datenschutzbeauftragten wenden ([Datenschutzbeauftragter@hmdj.hessen.de](mailto:Datenschutzbeauftragter@hmdj.hessen.de)).

Weitere Hinweise zum Datenschutz sind ersichtlich auf der Internet-Seite des Hessischen Ministeriums der Justiz unter [www.justizministerium.hessen.de](http://www.justizministerium.hessen.de).

**Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt - Fritz-Bauer-Haus -**  
Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt  
Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.





